

**Bezugspreis**  
für Halle monatlich bei zweimaliger  
Zustellung 2.00 Mark, vierteljährlich  
6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark  
auschl. Zustellungsgebühr. Einzel-  
nummern 15 Pf. Bestellungen werden  
von allen Reichspostämtern einge-  
nommen. Am amt. Zeitungsvor-  
zeichnis unter Code-Zeitung einge-  
tragen. Für unentgeltlich eingegan-  
genen Manuskript wird keine Gewähr  
übernommen. Lesenden nur mit der  
Geldausgabe. Code-Zeitung  
steuert. Fernr. der Schriftleitung Nr.  
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1142  
u. 1418, der Bezugs-Abt. Nr. 1133;  
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4600.

**Abend-Ausgabe.**

# Zeitung

Dreihundertfünfzigster Jahrgang.

**Anzeigen**  
werden 6. Spalten, 34mm br. Milli-  
meterzeile oder deren Raum mit  
20 Pf. durch den A. in unfernen An-  
schreiben an alle Anzeigen-  
stellen angenommen. Reklamen  
die 20mm br. Millimeterzeile 60 Pf.  
Anzeigen-Annahmeschluss vom  
11 Uhr, für die Sonntags-Abt. abds.  
6 Uhr. Abschlüssen, sowie zur  
11 Uhr, müssen schriftlich erfolgen.  
Erfüllungsort: Halle. Erscheint  
tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schrift-  
leitung u. Haupt-Vertriebsstelle: Halle,  
Rena Promenade 1a, Dr. Braun-  
bauer, 17. Neben-Schriftleitung:  
Marti 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 340.

Halle, Mittwoch, den 23. Juli.

1919.

## Die Programmrede der neuen Regierung.

Bei mar, 23. Juli. (Eig. Drahtnachricht). Die heutige Vormittagsagung der Nationalversammlung brachte endlich die wiederholt versprochene große Programmrede der neuen Regierung. Das Haus war dicht gefüllt, und obwohl man keine großen Ueberraschungen erwartete, herrschte gespannte Stille, als Ministerpräsident Bauer das Wort nahm. Seine Ausführungen dauerten fast eine Stunde. Das außenpolitische Gebiet überließ er fast ganz dem Reichsminister Hermann Müller, der nach ihm zu Wort kam. Er streifte nur ein-  
gangs die Erfüllung des Friedensvertrages und unsere da-  
durch bedingten Beziehungen zum Ausland als gegebenes  
Basis des innerpolitischen und insbesondere des wirtschafts-  
politischen Programms. Der Hauptteil der Rede Bauers be-  
schäftigte sich mit der Wirtschaftspolitik.

## Neubesetzung von Reichsämtern.

Berlin, 23. Juli. (Eigene Drahtnachricht). Die  
Forderungen des Reichsfinanzministers Schmidt  
als Unterstaatssekretär im Reichsamt für den Handel  
sind so weit gediehen, daß mit der baldigen Besetzung der Stelle  
des ausstehenden Unterstaatssekretärs v. Müllendorff  
durch Dr. Melchior gerechnet werden kann. Zum  
Reichsamt für den Handel wird, wie verlautet, der  
Unterstaatssekretär im Reichsamt des  
Juniors Dr. Lewald ernannt werden.

## Eine Rechtfertigung Erzbergers.

Berlin, 23. Juli. (Eigene Drahtnachricht). Die  
Deutsche Allgemeine Zeitung veröffentlicht heute von be-  
sonderer Seite eine lange Erwiderung auf die letzten Angriffe  
Helfferichs in der Volkszeitung. Er schreibt: Es stimmt,  
daß Herr Erzberger als Privatmann in einem Prozeß  
zwischen dem Reichsamt und einer Gesellschaft als von der  
Gesellschaft ernannter Schiedsrichter fungierte. Es ist aber  
unwahr, daß er die Entscheidung zu Gunsten der Gesellschaft  
herbeigeführt hat. Vielmehr ist die Gesellschaft mit 60 Proz.  
seiner Ansprüche abgewiesen worden. Erzberger hat lediglich  
den Antrag des Schiedsrichters des Reiches genehmigt, und  
den Herr Erzberger unterstellte Forderung, als ob er die Inter-  
essen der Gesellschaft zu Ungunsten des Reiches wahrge-  
nommen hätte, ist eine Beleidigung des Schiedsrichters  
des Reiches. Die Gesellschaft ist bei diesem Schiedsrichter  
mit ihren Ansprüchen unterlegen. Die von Herrn Helfferich  
gegebene Darstellung einer Beziehung zwischen der schiedsrichter-  
lichen Tätigkeit Erzbergers und seines späteren Eintritts  
in den Ausschuss der Gesellschaft entbehrt jeder Grundlage,  
ist völlig gegenstandslos, in bestimmter Absicht konstruiert,  
Lügen und Mäde.

## Französische Repressalien für den Mord an Mannheim?

Rotterdam, 23. Juli. (Eigene Drahtnachricht). Wie  
die „Chicago Tribune“ aus Paris berichtet, wird noch  
mit der Auffindung der deutschen Kriegsgefangenen  
aufgehoben, wenn die Stadt Berlin nicht die geforderte  
eine Million Franken zahlen will für den Mord an  
dem Soldaten Mannheim. In den letzten 24 Stunden  
hat keine deutschen Kriegsgefangenen mehr freigelassen  
worden. Doch das tatsächlich die Bestimmung, solche Maß-  
nahmen zu treffen, weil der Kriegszustand noch fort-  
dauert, denn die Ratifizierung des Vertrages durch die  
Franzosen ist noch nicht erfolgt.

## Scheidemann wird nächstens in Kassel sprechen.

Kassel, 23. Juli. (Eigene Drahtnachricht). Der  
ehemalige Reichspräsident Scheidemann, Stadtvor-  
sitzer in Kassel, hielt eine bemerkenswerte  
Rede, aus der folgende Stelle allgemeine Bedeutung  
haben dürfte: Man sagt gegen Scheidemann, er  
über. Scheidemann soll sich die Taten gefüllt haben,  
in die Schweiz geflüchtet sein und dort ein Schloss be-  
sessen haben. Alles Lug und Trug. Scheidemann hat  
nie ein Schloss besessen, nie Gelegenheit gehabt, sich die  
Taten zu füllen, wie es die schamlosen Kriegsverbrecher  
jetzt haben. Ubrigens erhielt Scheidemann nicht ein-  
mal Pension. Wie er es jedes Jahr getan hat, so  
trauert er auch in diesem Jahre in den Bergen zur Ge-  
hölzung. Scheidemann wird in nächster Zeit in Kassel  
an dem Friedensplatz sprechen, um abzurechnen mit  
allen Verleumdern des neuen Regimes in Deutschland.

## Verneinung der Vorherrschaft unserer chemischen Industrie.

Nach der „Daily News“ erklärte aus der Konferenz der  
englischen Gesellschaft für chemische Industrie in London deren  
Präsident, es sei unrichtig, die Vorherrschaft der  
deutschen Industrie in der chemischen Industrie als  
alle Zeit zu verneinen.  
Für diesen erst englischen Vorstoß, aus dem jetzt  
unserer Embargo folgt, hat der Krieg zum großen Ge-

schäfte machte, benutzte der Medner den Vorwand, Deutschland  
müsse für alle Zeit außer Landes gehen, durch „Massen-  
herstellung giftiger Gase die Welt zu beherrschen.“

## Gesetz gegen die Steuerflucht.

Das Reichsfinanzministerium plant außer dem Gesetz  
gegen die Steuerflucht, dessen Entwurf heute ver-  
öffentlicht worden ist, eine Reihe weiterer sehr ein-  
flussreicher Maßnahmen, die der Steuerhinter-  
ziehung energig gegensteuern sollen.  
Das Reichsfinanzministerium weiß sich mit weitem Kreise  
der Bevölkerung einig in dem Wunsche nach stärkerer  
Erfassung der großen Vermögen und hofft, daß  
die Bevölkerung auch solchen Maßnahmen Verständnis ent-  
gegenbringen wird. Es läßt sich also sagen: die  
Steuerveranlagung die Einkünfte zu zwingen, ihre  
Deklaration dem tatsächlichen Stand ihres Vermögens  
nach abzugeben. Das Gesetz gegen die Steuerflucht soll nur die  
Abwanderung des Kapitals ins Ausland  
verhindern. Die Hauptlast ist aber, daß man das ganze  
im Ausland befindliche Kapital heranziehen kann. Beim  
Einkauf des Vermögens ist dies nicht immer. Der Staat  
soll sich dann bis dahin mit dem Mobilien-Kapital  
nachprüfen. Bei Schenkungen ist mit dem Mobilien-Kapital.  
Es sind nunmehr laut „D. Z.“ im Reichsfinanz-  
ministerium Erhebungen im Gange, durch welche Mög-  
lichkeiten auch hier eine stärkere Kontrolle des Status zu er-  
zöglichen. Vor einigen Tagen hieß es, daß sämtliche  
Wertpapiere und Bauscheine zur Abtastung  
aufgegeben werden sollen, damit man die Inhaber  
feststellen, und ihre Vermögen berechnen kann. Wir können  
die Richtigkeit dieser Nachricht bestätigen. Aber nicht genug  
damit.

Das Reichsfinanzministerium trägt sich sehr mit der Ab-  
sicht, das gesamte Papiergeld einzuziehen und  
statt dessen Goldscheine auszugeben. Man wird mit  
den Kaufmannschaften sprechen und sie numerweise zur  
Eingehung aufreden. Dadurch werden alle Besitzer von  
Banknoten gezwungen, ihr Papiergeld aus den verschiedensten  
Bankdepots im In- wie im Ausland herauszuholen.

## Sozialisierung der Elektrizität.

Berlin, 23. Juli. Das Reich wird bei der Sozialisie-  
rung der elektrischen Energie den Besitz der Freistaaten  
und Kommunen nicht antauchen.  
Eine Ausnahme wird nur gemacht bei Höchst-  
spannungseleitungen. Diese sollen in den Besitz des  
Reiches übergehen.

## Das Schulkompromiß wird nochmals geprüft.

Von zuständiger Stelle hören wir: Kultusminister  
Baerisch steht auf dem Standpunkte, daß das Schulkom-  
promiß einmal durchgeprüft werden muß, und zwar  
in schulpflichtigen Ländern.  
Aufgehoben sollen bei der Beratung auch Sachver-  
ständige hinzugezogen werden.

## Die Kritik am Friedensvertrage in London.

Rotterdam, 23. Juli. Wie der Parlaments-  
korrespondent der „Daily News“ schreibt, war die geist-  
liche Beratung im englischen Parlament sehr zahlreich. Die Par-  
lamentarier enthielten sich einer entschiedenen Kritik. Der einzige  
Zweifel, den Mackay im Namen der unabhängigen Libe-  
ralen zum Ausdruck brachte, bezog sich auf den polnischen  
Korridor. Robert Cecil billigte als Ganzes den  
Friedensvertrag, er hob jedoch ernstliche Bedenken  
gegen die Regelung betreffend den polnischen Korridor, das  
Saratka, die 15-jährige Forderung der rechtserhebenlichen  
Verbindungen und die Nichterhebung der von Deutschland zu  
zahlenden Entschädigungen in Frage. Cecil sagte über  
den Bälternbund: Der Bälternbund war glücklicher, wenn  
er eine neue Auffassung über die internationalen Beziehungen  
brachte. Die Dezentralität solle das Wesen des  
Bälternbundes ausmachen und die große Waffe, auf die  
man sich verlassen, sei die öffentliche Meinung. —  
Deslin forderte den Premierminister auf, die Regelung der  
russischen Frage in die Hand zu nehmen. Die Antwort  
Lord Georges darauf fiel kühl und trocken aus.

## Von den Engländern ermordet.

Berlin, 22. Juli. Amst. Die weiteren Feststellungen  
über den am 23. Juli in London erfolgten Mord an  
den russischen Konsuln in Capes-Plan verüben. Die  
Mord haben ergeben, daß noch folgende Opfer zu beklagen sind.  
Getötet: Signalman Hans Hesse vom Linienhiff  
Bayer, Maschinenanwärter Runo Eversberg vom  
Kreuzer Frankfurt; er wurde: Torpedoboostenmaschinen-  
anwärter Max Mühlle vom Torpedoboot V 126, Torpedo-  
maschinenanwärter Contad Hildig vom Torpedoboot  
V 127, Seher Ernst Gehrig vom Linienhiff Friedrich  
der Große und Peter Conrad Gezer vom Linienhiff Bayern.  
Das Festhalten der Bewandeln ist zufriedenstellend. Von  
den Befragten der neuesten Schiffe sind untergebracht:  
Wenzel A. Meyer mit seinem Dienern Derselben  
aus See Schilling in Dantschka Hall, 11 Offiziere, Anger-

nire, Letzte und Zahlmeister im Offiziergefangenenlager  
Dowestry, 22 desgleichen in Wakefield, 1635 Mannschaften  
im Gefangenenlager Henke Park, Goolven bei Dowestry.

## Die Deutsch-Oesterreicher sollen beim Aufbau helfen.

Wien, 22. Juli. Die Politische Korrespondenz erzählt  
aus St. Germain, daß bei dem Besuch Dutastas beim Staats-  
kanzler Kemmer der Gehaltsaufschlag, die in Deutsch-Oester-  
reich herrschende Arbeitslosigkeit durch Heranziehung  
deutscher Oesterreicher Arbeiter bei den  
Wiederaufbauarbeiten in den zerstörten  
Gebieten Frankreichs zu beheben, natürlich nur freimüßig,  
wobei die deutsch-oesterreichische Regierung durch Arbeitver-  
mittlung die Interessen der Arbeitsfindenden wirksam ver-  
treten würde.

## Bela Kuhn gestürzt?

Aus Paris wird gemeldet: Eine aus Budapest kommende  
Nachricht besagt, daß die Regierung Bela Kuhns gestürzt und  
durch ein Kabinett ersetzt werden soll. Die Namen  
der drei neuen Minister werden nicht genannt. Bela Kuhn  
soll angeblich nach Wien geflüchtet sein, was als Beweis das  
für angesehen wird, daß die neuen Wahlen nicht  
dem Bolschewismus entgegenstehen. Obwohl die Nach-  
richt nicht bestätigt ist, glaubt man in Paris doch, daß  
Bela Kuhn durch die Auflösung der roten  
Armee veranlaßt wurde. Aus Geheimkorrespondenzen  
wurde vor längerer Zeit mitgeteilt, daß die Ungarn Bela  
Kuhn nicht mehr zu halten wünschten, nachdem es ihm nicht  
gelungen ist, die Anerkennung der Räterepublik durch die  
Friedenskonferenz zu erzielen. Besonders übel habe man die  
Lafache genommen, daß er eine Verbindung mit den russischen  
Bolschewisten eintrete, da die ungarischen Bolschewisten von  
einer Regierung nach den Methoden Berlins und Trotskys  
nichts hören wollten.

## Die Engländer verlassen Nordafrika.

London, 22. Juli. Herter. Churchill teilte im Unter-  
haus mit, daß alle britischen Truppen mit Ausnahme  
der freiwilligen Truppen und der Militärmissionen,  
falls sich keine Zwischenfälle ereigneten, aus Nordafrika  
zurückgezogen werden sollen, bevor das Weiße Meer zugefro-  
ren ist.

## Neue Negerruhen in Washington.

London, 22. Juli. Das Neueste Büro meldet aus  
Washington: Gestern Abend kam es wieder zu ersten  
Negerruhen. Es wurden vier Personen  
getötet, darunter zwei Detektivs und viele verwundet.  
Nach den „Times“ ist wegen der Negerruhen der Bela ge-  
rungszustand über Washington verhängt worden.

## Die Zustände in Adlershof.

Auflösung der Flugzeugmeisterei.  
Zu den kaum glaublichen Umständen, die schließlich zur  
Auflösung der Flugzeugmeisterei Adlershof führten, ist zu  
berichten:

Die Flugzeugmeisterei Adlershof bildete während des  
Krieges die Zentrale des Reichsfluges für alle Fliegerfor-  
mationen. Es waren dort zeitweise bis zu zwanzigtausend  
Personen beschäftigt, überwiegend militärische, aber auch  
Zivillisten. Dieses militärische Unternehmen, das dem Kriegs-  
ministerium untersteht, ist erst im Laufe des Krieges ent-  
standen. Das dort beschäftigte militärische Personal wies  
in besonderer Weise die Eigenarten auf, die bei der jungen  
Fliegertruppe im Kriege beobachtet worden sind, so daß die  
Regelung der Beziehungen mit der Forderung der militärischen  
Disziplin sich ganz besonders schwierig gestaltete. Seit dem  
Ende des Jahres 1918 wurde nur in der Vermehrung der in  
Adlershof befindlichen Betriebe, deren Gesamtstärke mehrere  
Millionen Mark beträgt, gegenagen. Eine dominierende  
Stellung gewann in den Tagen der Unruhe dabei der Ar-  
beiter- und Soldatenrat. Aus diesen Kreisen bildete sich eine  
benannte „technische Kommission“, die es sich angelegen  
sein ließ, die Angehörigen und Arbeiter der Flugzeugmeisterei  
in dem höchsten Gedanken zu befähigen, das dort be-  
findliche Personal habe den Anspruch, dauernd in Ad-  
lershof beschäftigt zu werden. Ebenso machten sich dort  
wilde Sozialisierungsbestrebungen geltend; die  
Angehörigen und Arbeiter behandelten Adlershof wie einen  
eigenen gebürtigen Betrieb. Unter anderem wurde eine  
Rähenmadel-Fabrik eingerichtet, in der die  
schlechten Hölzer verwendet wurden, und ebenso  
versuchte man mit den Sparmetallen. Dies hätte  
und Unterstellungen in waren an der Tagesordnung.  
In diesen fraktionären Handlungen beteiligten sich auch die  
Wachmannschaften, die zur Disziplinierung herangezogen  
worden waren.

Das Abgehen einer auswertigen Formation die wegen  
ihres Herkunftsgebietes die Buchhaltung „A. M.“ führte, bekam  
im Volksmunde sogar die Bedeutung „W. M. a. u.“.  
Die Zahl der Angestellten und Arbeiter von Adlershof  
beträgt 5000. Seit dem April ist eine Verminderung so gut  
wie nicht eingetreten. An Löhnen und Gehältern veranschlagt  
dieser Apparat monatlich 2 1/2 Millionen, während  
das Personal von ihm hergeleitete Erzeugnisse im  
Hochfuhrte einige zehntausend Mark nicht über-  
steigt. Nichtsdestoweniger wurden die Angestellten und Ar-

# Die Vorstandswahl auf dem demokratischen Parteitage.

(Eigener Drahtbericht der „Saale-Zeitung“)

4. Tag.

O. H. Berlin, 22. Juli.

Zu Beginn der Sitzung berichtet  
Abg. Dr. Böhm zunächst über die  
Bildung einer besonderen Agrarkommission.  
Gewählt wurden 36 Mitglieder. Die Kommission soll  
das Recht der Zuwahl bis zu 50 Mitglieder haben.  
Herr Dr. Kaufmann berichtet sodann über  
die wirtschaftlichen Fragen.

Der Grundgedanke, der immer zuerst beachtet werden müsse,  
sei das unbedingte Festhalten am Privateigentum.  
Wir müssen aus der jetzigen verarmten Wirtschaft  
herauszukommen suchen durch eine rasch gesteigerte In-  
tensivität unserer Gesamtwirtschaft und der des Einzelnen.  
Bei der Beteiligung der Zwangswirtschaft könne  
nur ein allmählicher Abbau in Frage kommen.  
Als weiterer Grundgedanke sei zu beachten, daß es  
unmöglich sei, daß einzelne wirtschaftliche Gruppen  
und Berufsstände über andere Teile ihres Volkes hinaus  
Sozialistischer müssen wir zur Förderung der  
Produktion. Und wo müssen wir sozialisieren?  
Dort, wo die Entwicklung zu Monopolen tatsächlicher  
Art geführt hat. Wir müssen weiter beachten, daß jede  
Art von Mischsystem die Gesamtwirtschaft nicht  
unbedingt macht, wir haben vielmehr ein Interesse  
daran, die Gesamtwirtschaft zu fördern und zu schützen.  
Bei der Behandlung der Steuern betont Redner, daß  
es nicht glücklicherweise, wenn man die durch Kriegs-  
gewinne herbeigeführte Hypothekenschuldigkeit des  
ländlichen Bestandes wieder rückgängig  
machen wollte.  
Prof. Gerland-Jena spricht sodann über den Ab-  
schnitt vom

Staat

im Programm. Den Gedanken von der Pflicht müssen  
wir an die Spitze stellen. Wir wollen den Staat an-  
fänglich nicht auf Unterwerfung, sondern auf Vertrauen  
und auf Pflicht. Demokratie ist fürwahr ein  
Werkzeug der Einzelnen unter dem Gesamtwohl (Recht-  
habter Anteil). Zum Pflichtgefühl muß das Bewusst-  
seinsgefühl kommen. Unsere Abgeordneten  
müßte ich fragen, ob denn nicht endlich die Vorlage über  
den Staatsgerichtshof verabschiedet wird. Wenn oft von  
der Schuld am Kriege gesprochen wird, dann darf man  
auch von der Schuld am Verbrechen des Friedens  
Verfalls sprechen. Und diese Schuld trägt die Ge-  
samtheit allein. Der Deutsche muß als freier Mann  
Träger der Staatsgewalt sein, nicht der geschulterte  
Untergebene irgendeines Geheimrats. Wir wollen aber  
nicht, daß jemand Überpräsident wird, weil er es fertig  
bekommen hat, Parteiführer zu werden und so sein.  
(Lebhaftes Zustimmung.) Ich sage: Nur dem Wichtig-  
sten freie Bahn. Dann aber auch in schrankenloser  
Weise! Wir bekennen uns weiter zum allgemeinen  
Verweilen. Die Demokratie nimmt uns das Angst vor  
uns. Wenn wir den Frieden einst revidieren, dann  
wollen wir auch diesen Punkt nicht vergessen. Einst  
werden wir rufen: Geht uns wieder das Vaterrecht  
der freien, männlichen, bürgerlichen Volksgenossen!  
(Lebhaftes Bravo.) Redner schließt unter lebhaftem  
Beifall mit der Frage: Sind wir wirklich so an  
an hinzureisenden Ideen?

Darauf berichtet Dr. Frankfurter über  
die Wahlen.

Zum Vorsitzenden des Parteiausschusses schlägt die Kom-  
mission vor: Fischer oder Dr. Koch-Kassel oder  
Petersen-Hamburg. Zu Stellvertretern werden  
vorgeschlagen: Gerland, Hieber-Stuttgart, Fr.  
Dr. Bäumer.

Ein besonderer Antrag eines Wahlkreises schlägt  
Raumann als 1. Vorsitzenden vor, als Stellvertreter  
Westeren, Kaufmann, Dr. Bäumer.

Die Abstimmung über die Wahl des 1. Vorsitzen-  
den ist eine sehr enge und erfolgt durch Abstimmung.  
Es erhielten dabei Stimmen: Raumann 205, Petersen  
147, Koch-Kassel 141, Fischer 64, Gerland 6, Voening 1.  
Raumann, 1. Vorsitzender, ist unglücklich. Es ist also  
Stichwahl erforderlich zwischen Raumann und  
Petersen, die wiederum durch Stimmentakt vorgenommen  
werden wird. Mit 285 Stimmen wird Raumann  
gegen 204 Stimmen gewählt, die auf Petersen ent-  
fallen.

Abg. Dr. Raumann nimmt die Wahl an und  
fährt kurz an: Er habe abgelehnt, ihn zu wählen.  
Einige Bedingungen, die er unter anderen Umständen  
gestellt haben würde, könne er jetzt nur als Wünsche  
vortragen: Vorstand und Partei müssen mehr Mitarbeiter  
erhalten; die Finanzen müssen geordnet werden;  
besonders die Finanzen müssen noch viel leisten. Redner  
schließt: Der Parteitag hat bewiesen, daß wir harmo-  
nisch verbunden sind. Wir wollen für unser Vaterland  
im Sinne einer staatsbürgerlichen Freiheit wirken.  
Sozialpolitische Fortschritte wollen und müssen wir er-  
reichen. Nicht und in diesem Kampfe nicht Erster und  
Letzter sein, sondern Brüder in der großen demokrati-  
schen Gemeinde. (Beifall)

Durch Zuruf werden sodann Gerland, Hieber und  
Fr. Dr. Bäumer zu Stellvertretern gewählt. Weiter  
werden nach längeren Debatten der Vorstand, der Kon-  
trollausschuss und der Parteiausschuss gewählt. Zum  
Vorsitzenden des geschäftsführenden Vorstandes wird  
Fischer gewählt.

Zu weiteren Verläufe der Debatte spricht  
Abg. Herrmann-Berlin über die Stellung der Ar-  
beiterfrage im neuen Deutschland. Heute müsse man  
sich mehr als früher um die Arbeiter kümmern und  
nicht sagen, sie seien in hoch sozialdemokratischer  
Arbeiterschicht nicht doch eine begünstigte  
Klasse sein. Die Arbeiterfrage müsse ein gleich  
bedeutender Faktor im Produktionsprozeß sein, d. h. daß  
Interesse des Arbeiters an dem Unternehmen zu haben.

Arbeiten müssten. Herr Eisberger aber nahm an, daß ihm  
die Schlichter nicht gütlich und sich in das Bedenken  
mache das Reichsgericht, was er bis ganz nach  
brachte. Am nächsten Morgen fuhr er dann in aller Stille  
wieder nach Weimar zurück.

besser Handig wegen Lohnerhöhung vorstellig. Die  
Zuschüsse, die das Reich zur Unterhaltung der Flugzeug-  
meisterei Adlershof in dieser Form seit November 1918 zahlen  
müßte, übersteige die Summe von 20 Millionen.

Schon seit längerer Zeit war man sich an maßgebender  
Stelle klar, daß eine Schließung der Betriebe erfolgen müsse.  
Ist es sich nicht um eine Fortsetzung und Beendigung der  
Verwertung des eingelagerten Vorrates handelt. Beson-  
ders nachdrücklich unterzogen den Reichsminister  
sich der Deutschen in militärischen Flugplänen nicht  
unterhalten darf und die traurige Finanzlage des Reiches  
eine Abstellung der geschuldeten Mittelstände in Adlershof zur  
unabweislichen Pflicht macht.

Wir wir hören, wird es möglich sein, von den 5000  
Angehörigen 800 zu behalten. Adlershof, das bisher zum  
Reichsamt des Kriegsministeriums gehörte, wird künftig dem  
Reichsfliegerministerium unterstellt.

## Deutsches Reich.

### Die Ausbildung der Finanzbeamten.

Wie wir medelten, fand kürzlich in Weimar eine Be-  
sprechung deutscher Hochschulreifer statt, die sich mit der Frage  
der Ausbildung der Steuerbeamten befaßten. Es sind  
hierbei drei Kommissionen gebildet worden. Die erste hat  
die Aufgabe, die Frage des Ausbaus der Finanzwirtschaft  
an unseren Universitäten zu prüfen, die zweite befaßt sich mit  
der Vorbildung der Steuerbeamten, und die dritte mit  
der Ausbildung der Steuerbeamten vorzubereiten.  
Diese Kommissionen legen sich wie folgt zusammen:

- 1. Kommission: Geheimrat Prof. Dr. Schumacher (Univer-  
sität Berlin), Geheimrat Prof. Dr. Hegel (Universität  
Bonn), Prof. Dr. Vogt (Universität München), Prof. Dr.  
Alfred Weber (Universität Heidelberg), Prof. Dr. Gerlach  
(Universität Königsberg).
- 2. Kommission: Prof. Dr. Brödel (Universität Marburg),  
Prof. Dr. Zastrow (Universität Berlin), Geheimrat Prof.  
Dr. Bittelmann (Universität Bonn), Prof. Dr. Brion (Hoch-  
schule Berlin), Prof. Dr. Anschütz (Universität Heidel-  
berg).
- 3. Kommission: Geheimrat Prof. Dr. Sering (Univer-  
sität Berlin), Professor Dr. Schmalenbach (Universität Köln),  
Prof. Dr. Wöhl (Universität Leipzig), Dr. Otto Wöllner  
(Verwaltungsakademie Berlin), Prof. Dr. Wabedner (Univer-  
sität Berlin).

Darüber hinaus wird eine Kommission von Wei-  
mären geschaffen, deren Aufgabe es ist, den Verordnungen  
im Reichsfinanzministerium beratend zur Seite zu  
stehen. Diese Kommission legt sich zusammen aus den  
Herren: Reichsminister a. D. Grellett, Schiffer, Ge-  
sellschaftspräsident Dr. Eich, Wirtschaftlicher Geheimrat Oger-  
ginnat, Dr. Schwanitz, sowie den Professoren Schumacher,  
Diebel, Zastrow, Schmalenbach und Bittelmann. Die Kom-  
mission soll sobald wie möglich mit ihrer Arbeit beginnen,  
ummit in kürzester Frist die Ausbildung der Steuerbeamten  
ins Leben greifen werden kann.

### Die neuen Vorkurspreise.

Berlin, 21. Juli. Am Interesse der Förderung des  
Lehrschulwesens sind die Preise für die Ernte 1920 wie  
folgt erhöht worden:

für Raps	115,-	ML. für 100 kg
„ Rüben	125,50	„ „ „ „
„ Mohl	125,-	„ „ „ „
„ Datteln	90,-	„ „ „ „
„ Leinöl	100,-	„ „ „ „
„ Senf	90,-	„ „ „ „
„ Hanf	70,-	„ „ „ „
„ Heidekraut	80,-	„ „ „ „

Es bedeutet dies gegen die jetzigen Preise eine Er-  
höhung bis zu 30 Prozent. Da außer dieser Preis-  
erhöhung der Defizitansatzungen Berücksichtigung in  
Form von Zulieferungen von Futtermitteln und Lei-  
gung, Befähigung einer gewissen Menge von Saat zur  
Zugung von Del für die eigene Wirtschaft geführt  
werden, so liegt es im eigenen Vorteil der Landwirte,  
dem Defizitansatz nach wie vor ihr volles Interesse  
entfalten zu lassen. Dem Defizitansatz wird auch  
der Bezug von Strohstoffungen vermittelt. Es werden  
nach Möglichkeit 80 Strohstoffungen für den Defizit,  
soweit die Bestände reichen, zugewiesen.

### Kaufhebung der Zwangswirtschaft für landwirtschaftliche Sämereien.

Landwirtschaftliche Sämereien unterliegen während des  
Krieges einer Reihe von Abgaben und Verwendungsbeschrän-  
kungen. Die Einführung war in der landwirtschaftlichen Be-  
triebsweise für Kriegswirtschaft, getreidliche, Hülsen- und  
Verwendung für landwirtschaftliche Sämereien zu anderen  
als zu Saatweizen war nur mit Genehmigung der Reichs-  
hofstelle gestattet, der Handel selbst konfiszieren. Die  
Handelspreise sind verbunden an die Einbehaltung von  
Rechtspflichten und Richtlinien für den Verkauf. Die Vertreter  
des Handels und der produzierenden und erzeugenden Land-  
wirtschaft haben sich einmütig dahin ausgesprochen, daß für  
Klee-, Gras- und Futterdatteln sowie für landwirtschaftlichen  
Bestandteilen jetzt entbunden werden können. Zum Teil sind  
die Bestimmungen, wie die Neutralisation der Einfuhr,  
auch die Entbindung der Verhältnisse überholt.

Entsprechend dem Programm der Reichsregierung, die  
Zwangswirtschaft nur soweit als unbedingt erforderlich  
aufrecht zu erhalten, im Übrigen aber der Einführung des  
Handels und Verkehrs bis auf den Bereich der zu ge-  
währen, hat der Reichsminister für Ernährungsdirektion am  
10. Juli 1919 die Verordnung über die Einführung der land-  
wirtschaftlichen Sämereien vom 1. März 1918 sowie die  
Verordnung über Sämereien vom 19. November 1917 auf-  
gehoben und die Verordnung über den Handel mit Sämereien  
vom 15. November 1916 dahin abgeändert, daß sie nur noch  
für Futtermittel Anwendung findet. Futtermittel-  
beständen ist Sichtungsware, Mit Rücksicht darauf, daß der Handel  
mit Futtermitteln ebenso wie der Handel mit den Gemein-  
samen derselben vorerst noch konfiszierenpflichtig und der  
Wahl dieser Sämereien an die Einbehaltung bestimmter Ab-  
gaben und Richtlinien gebunden sein.

### Erzberger im Unterhand.

Eine seltene Episode aus dem Unterhand Erzberger in  
Berlin erzählt die „Saale-Zeitung“. Nachdem Erzberger  
auf seiner Flucht von Weimar, um sich den „Führer“  
einiger Soldaten zu entziehen, nach Berlin geflüchtet war,  
erhielt er gerade in der Zeit, als er in der Wilhelmstraße  
Wohnung genommen hatte, in dieser Straße Schießereien,  
die sich aufeinander gegen das Ministerium der öffentlichen

Über auf der anderen Seite hätten die Arbeiter neben  
erhöhten Rechten auch erhöhte Pflichten.  
Dr. Fischer-Berlin betont, daß auch der Unterneh-  
merseitig nicht erlöset werden dürfe.  
Um nicht jetzt über alle zum Parteiprogramm vor-  
liegenden Anträge abstimmen zu müssen, sollen diese  
Kommissionen überwiesen werden. Die Arbeit der  
Kommission soll dann durch einen weiteren Par-  
teitag im Herbst d. J. gutgeheißen werden.  
Mit unweiblichen Änderungen wird sodann die  
folgende Entschließung Erlesen-Hartmann ange-  
nommen:

Die Einführung der Demokratie in Deutschland hat  
den alten Klassenstaat beseitigt, der Besitz und  
Bildung bevorzugte und die unteren Volksschichten, be-  
sonders auch die Arbeiter, Angestellten und Beamten  
in Unfreiheit und Rechtsbeschränkung erhielt.  
Die Beseitigung des alten Klassenstaates erfordert  
auch die Beseitigung des ungleichen Klassen-  
kampfes, der das Volk zerrit und schwächt. In der  
neuen Demokratie müssen und wollen wir ein Volk  
sein, indem jeder Volksgenosse in ständiger und sozialer  
Selbstverantwortung für die Gesamtheit arbeitet.  
Die politische Demokratie beherrschet der Ergänzung  
durch die soziale Demokratie. Die Deutsche demo-  
kratische Partei wird die Demokratisierung des Arbeits-  
verhältnisses durch ein modernes Arbeitsrecht erreichen,  
in dessen Rahmen das Mitbestimmungsrecht zu erfüllen  
ist. Diese Reformen erfordern eine soziale Gemein-  
schaftsarbeit aller Klassen, besonders aller Arbeiter-  
nehmer und Unternehmer in Stadt und Land.  
Die Bestimmungen, den abhängigen Arbeitern aller  
Grade einen größeren Anteil am Ertrage der Wirtschaft  
zu geben und den Gehältern der Gemeinschaft zu för-  
dern, wird unsere Partei nach Kräften unterstützen,  
soweit dadurch das selbständige Vorwärtstreben der Ein-  
zelnen nicht ungebührlich gehemmt wird. Sie  
wird in steter sozialer Gemeinschaft mit aller Kraft der  
Gesamtheit die soziale Entwicklung die Bahn weisen.  
Sie will die Partei der Arbeiter sein, deren Ziel es ist,  
allen arbeitenden Staatsbürgern gleiche Rechte zu geben  
und ihnen angemessene Pflichten aufzuerlegen.

Die deutsche nationale Schmäherl.  
Zwischenbändchen wendet sich Prof. Gerland-Jena gegen  
einen Artikel in der „Deutschen Tages-Ztg.“ gegen  
den Parteitag, in dem es heißt: „Einen Tag vorher hätte  
ich dem Zoologischen Garten einen Besuch abgestattet. Beim  
Anblick von Schwarz-Rot-Gold trat in meinem durch die  
Teilnahme an den Sitzungen des Deutschdemokratischen  
Parteitages ziemlich mitgenommenen Gehirn eine — ich  
müßte sagen — unangenehme — Joenerregung ein: Ge-  
wisse Affen im Zoo trugen nämlich dieselbe Bänderumman-  
nung unheimlich zur Schau. (Stürmische Heulrufe, Zurufe:  
Raus mit dem Menschen!).“

Vorsitzender Dr. Koch: Wenn der Vertreter des Blattes  
Schmäherl hat, wird er jetzt freiwillig diesen Saal verlassen.  
Wir wollen mit dem alten Fritz nur sagen: Niedriger hängen  
sich die Affen lang anhaltende hässliche Heulrufe.  
Redner betont Minister Streckerstellen, daß haben und  
Hessen sich dem Spitzkompromiß nicht beugen würden.  
Habs-Murtag: Man solle die Kirche nicht den Kom-  
missionen überlassen.

Zu den kulturellen Fragen wird nach weiterer Erörterung  
der folgende Antrag einstimmig angenommen:  
Die deutsche demokratische Jugend fordert von der Partei,  
daß sie mit allen Mitteln für die Revision des Schulkom-  
promisses eintritt.  
Sie fordert von den Fraktionen die allergrößte Auf-  
merksamkeit für die Aufgaben der Schule, unter Betonung der  
Pflege staatsbürgerlicher Erziehung und Heranbildung  
lebensfähiger und ideal gerichteter Charaktere.  
Zu diesem Zweck muß mehr als bisher die Lehrer-  
schaft für die demokratische Weltanschauung gewonnen  
werden. Nur unter weitestgehender kann der Ausgleich der  
durch das Schulkompromiß angelegerten Gegensätze bringen.  
Ueber die Schule hinaus sind Volkshochschulen  
und andere Volkshilfsanstalten entsprechend der großen  
Verantwortung jedes Einzelnen im demo-  
kratischen Staat und der zunehmenden Freiheit des arbeiten-  
den Volkes einzurichten und auszubauen.  
Unter Volkshilfskörper kann nur dann von der zunehmenden  
entfaltung der Materialisierung geteilt werden, wenn die  
Kenntnisse der wirtschaftlichen und historischen Zusammen-  
hänge des Gemeinlebens, sowie die Erkenntnis, daß auch  
geistige Werte Lebensinhalt sind, zum Gemeingut aller  
werden.

Ein weiterer Antrag erludt die Regierung, die Aus-  
führungsbefugnisse zum Reichsbeschuldengesetz durch Not-  
verordnung schärfen in Kraft zu setzen.  
Die Annahme des Antrages erfolgt einstimmig.  
Ein Ostpreußen bittet um Unterstützung der Maßnahmen,  
die beim Reich bleiben wollen.  
Schließlich folgt noch die kurze Behandlung mehrerer  
Anträge. Zuvor hat der Vorsitzende Dr. Koch mit warmen  
Worten dem Abg. Friedrich Panzer-Stuttgart für alles,  
was er in mühevoller Arbeit im Dienste der Partei geleistet  
hat.

Ein Antrag, die Regierung möge zur  
Erhaltung des Deutschtums im Ausland  
Mittel bereitstellen, wird angenommen.  
Eine weitere Entschließung lautet:  
Die Deutsche demokratische Partei will sich energetisch un-  
serer Kriegsgefangenen annehmen und für sie nachdrücklich um  
Arbeitsgelegenheit und Wohnung schaffen helfen. Desgleichen  
will sie  
die Interessen unserer Kriegsbeschädigten  
und Kriegsinvaliden lebhaft in den Parlamenten und  
bei den Verwaltungsbehörden vertreten.

Annahme erfolgt.  
Ueber den Schluß des Parteitages berichten wir in der  
nächsten Ausgabe.

Zu Mitgliedern der Kommissionen für Ausbildung von  
Finanzbeamten sind folgende Hochschulreife berufen worden:  
1. Kommission für den Ausbau der Finanzwirtschaft:  
Herrn Dr. Schmalenbach (Berlin), Prof. Dr. Diebel  
(Bonn), Prof. Dr. Koch (München), Prof. Dr. Hieber